

## **Nationalrat unterstützt die bundesrätliche Strategie für einen langfristigen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie**

Der Rat hat entsprechenden Vorstössen zugestimmt. Den Ordnungsantrag der SVP-Fraktion, die Abstimmung zu den Vorstössen für einen langfristigen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie zu verschieben, bis detaillierte Angaben des Bundesrates über Alternativen zur Kernenergie vorliegen, wurde zuvor mit 126 zu 64 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Festlegung von Restlaufzeiten und die möglichst sofortige Ausserbetriebnahme der älteren Schweizer Kernkraftwerke fanden im Nationalrat keine Mehrheit. Der Rat beauftragte jedoch den Bundesrat auch, sich zusätzlich zur Ausarbeitung eines Alternativkonzepts zur Kernenergie mit den Fragen der Konsequenzen eines Atomunfalls bezüglich der Informationstätigkeit und des Haftungsrisikos sowie mit der Sicherheit der Abklingbecken von verbrauchten Brennelementen zu befassen.

### **Angenommene Vorstösse**

- **Po. CVP-EVP-glp-Fraktion. Sicherheit der schweizerischen Kernkraftwerke. Überprüfung der Energiepolitik (11.3115)**  
Der Bundesrat soll darlegen, ob die Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke im Fall von Naturkatastrophen gewährleistet ist, ob allfällige Mängel behoben werden können und unter welchen Voraussetzungen eine Verlängerung der Betriebsbewilligung alter Kernkraftwerke verantwortbar ist. Er soll zudem aufzeigen, wie die Schweizer Energieversorgung ohne oder mit stark eingeschränkter Nutzung der Kernenergie gewährleistet werden kann und welche Auswirkungen dies auf die CO<sub>2</sub>-Ziele, die Strompreise und die Versorgungssicherheit hätte.  
*Angenommen ohne Gegenantrag.*  
*Der Bundesrat beantragte Annahme des Postulats.*
- **Mo. Grüne Fraktion. Aus der Atomenergie aussteigen (11.3257)**  
Der Bundesrat soll (1) bis im Sommer 2011 ein Szenario für den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie vorlegen und (2) darauf aufbauend bis Ende 2011 einen entsprechenden Bundesbeschluss vorlegen.  
*Punkt 1 angenommen mit 108 zu 76 Stimmen (9 Enthaltungen),*  
*Punkt 2 abgelehnt mit 117 zu 69 Stimmen (9 Enthaltungen).*  
*Der Bundesrat beantragte die Annahme von Punkt 1 und die Ablehnung von Punkt 2. Die Annahme von Punkt 1 wurde bekämpft durch NR Hans Rutschmann (SVP/ZH).*

- Po. Schelbert (G/LU). Überprüfung der Lagerung verbrauchter Brennstäbe (11.3322)

Gestützt auf die Erfahrungen mit der Kommunikation im Rahmen der Reaktorunfälle in Japan soll das Informationskonzept für Katastrophenfälle überprüft werden. Es soll gewährleisten, dass die Bevölkerung offen und korrekt, wahrheitsgetreu und objektiv informiert wird.

*Angenommen mit 108 zu 84 Stimmen (0 Enthaltungen).*

- Po. Schelbert (G/LU). Atomkraftwerke. Überprüfung der Lagerung verbrauchter Brennstäbe (11.3329)

Der Bundesrat soll abklären, wie sich die Situation bezüglich Lagerung von verbrauchten Brennstäben in Abkühlbecken von Atomkraftwerken in der Schweiz darstellt und darlegen, welche Massnahmen zu ergreifen sind.

*Angenommen mit 115 zu 77 Stimmen (1 Enthaltung).*

- Po. Vischer (G/ZH). Haftungsrisiko des Staates bezüglich Atomkraftwerken (11.3356)

In einem Bericht soll das reale Haftungsrisiko des Staates im Fall eines Reaktorunfalls erfasst werden. Zudem soll aufgezeigt werden, wie das Risiko während der Laufzeit der Kernkraftwerke auf die Betreiber oder Dritte abgewälzt werden kann und ob und gegebenenfalls wie sich der Staat für diese Zeit für das Restrisiko versichern kann.

*Angenommen mit 129 zu 62 Stimmen.*

*Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats. Die Annahme wurde bekämpft von NR Walter Wobmann (SVP/SO).*

- Mo. BDP-Fraktion. Keine neuen Rahmenbewilligungen für den Bau von Atomkraftwerken (11.3426)

Art. 12 des Kernenergiegesetzes soll so geändert werden, dass ab 1.1.2012 keine Rahmenbewilligungen für neue Kernanlagen zum Zweck der Elektrizitätserzeugung mehr erteilt werden.

*Angenommen mit 99 zu 54 Stimmen (37 Enthaltungen).*

*Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion. Die Annahme wurde bekämpft durch NR Hans Rutschmann (SVP/ZH).*

- Mo. Schmidt Roberto (CVP/VS). Schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie (11.3436)

Die Motion fordert, dass

1. keine Rahmenbewilligungen zum Bau neuer Kernkraftwerke erteilt werden.
2. Kernkraftwerke, die den Sicherheitsvorschriften nicht mehr entsprechen, unverzüglich stillgelegt werden.
3. Kernkraftwerke, die den Sicherheitsvorschriften entsprechen, weiter betrieben und gestaffelt stillgelegt. Der Zeitpunkt der Stilllegung wird im Gesetz unter Berücksichtigung des Strombedarfs und der Möglichkeiten alternativer Energiequellen festgelegt.
4. die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz zielführend verstärkt wird.
5. Strategien unterbreitet werden, um den künftigen Strombedarf ohne Atomenergie und durch eine vom Ausland möglichst unabhängige Stromversorgung sicherzustellen, ohne den Wirtschaftsstandort Schweiz zu gefährden.

*Punkte 1, 2, 4 und 5 angenommen mit 101 zu 54 Stimmen (36 Enthaltungen).*

*Der Bundesrat beantragte die Annahme der Punkte 1, 2, 4 und 5 und die Ablehnung von Punkt 3. Der Motionär zog deshalb Punkt 3 zurück.*

### **Abgelehnte Vorstösse die die Ausserbetriebnahme einzelner Kraftwerke oder den Kernenergieausstieg fordern**

- Mo. SP-Fraktion. Geordnete Beendigung der Kernenergienutzung in der Schweiz (11.3144)

Die Motion fordert für alle Kernkraftwerke eine maximale zeitliche Betriebsdauer oder Reststrommengen. Neue Kernenergieanlagen dürfen nicht mehr bewilligt werden.

*Abgelehnt mit 108 zu 74 Stimmen (11 Enthaltungen).*

- Mo. Van Singer (G/VD). Abschalten der drei Schweizer Kernkraftanlagen, die vor 1979 erbaut wurden (11.3166)

Die drei Kernkraftwerke, die vor 1979 gebaut wurden, sollen ausser Betrieb gesetzt werden, bis eine unabhängige Untersuchung ihre Wiederinbetriebnahme rechtfertigt.

*Abgelehnt mit 127 zu 62 Stimmen (3 Enthaltungen).*

- Mo. Streiff (EVP/BE) «Beznau I und II innert 3 Jahren stilllegen» (11.3247)

Die Kernkraftwerke Beznau I und II sollen innert dreier Jahre nach Annahme der Motion ausser Betrieb genommen werden und ihre Stilllegung soll angeordnet werden.

*Abgelehnt mit 125 zu 64 Stimmen (3 Enthaltungen).*

- Mo. Streiff (EVP/BE) «Mühleberg sofort stilllegen» (11.3248)

Das Kernkraftwerk Mühleberg soll bei nächster Gelegenheit ausser Betrieb genommen werden und seine Stilllegung soll angeordnet werden.

*Abgelehnt mit 122 zu 66 Stimmen (4 Enthaltungen).*

- Mo. Wyss Ursula (SP/BE). Veraltetes AKW Mühleberg sofort vom Netz nehmen (11.3256)

Das Kernkraftwerk Mühleberg soll sofort vom Netz genommen werden.

*Abgelehnt mit 117 zu 65 Stimmen (11 Enthaltungen).*

- Mo. Müller Geri (G/AG). Atomfreie Energieversorgung der Schweiz (11.3258)

Die Motion verlangt die Umsetzung der beiden Szenarien der BFE-Energieperspektiven, die ohne Kernenergie auskommen. Die Kernkraftwerke Mühleberg und Beznau sollen umgehend abgeschaltet werden. Bis zur Sommersession 2011 soll der Bundesrat ein Szenario für einen geordneten Atomausstieg vorlegen.

*Abgelehnt mit 127 zu 63 Stimmen (3 Enthaltungen).*

- Mo. Teuscher (G/BE). Mühleberg die unbefristete Betriebsbewilligung entziehen (11.3264)

Dem Kernkraftwerk Mühleberg soll die unbefristete Betriebsbewilligung entzogen werden und das Kraftwerk soll umgehend stillgelegt werden. Die Bundesbehörden und die BKW sollen zur Offenlegung sämtlicher Unterlagen zur Betriebssicherheit verpflichtet werden. Die Bevölkerung soll sofort über das Informations- und Evakuationskonzept bei einem Störfall in Mühleberg informiert werden.

*Abgelehnt mit 112 zu 72 Stimmen (7 Enthaltungen).*

- Mo. Ingold (CVP/ZH). AKW. Nach 40 Jahren entscheidet der Bundesrat (11.3279)

Nach 40 Betriebsjahren sollen die Betriebsbewilligungen jeweils auf ein Jahr befristet erteilt und jährlich erneuert werden. Das ENSI soll alle für die nukleare Sicherheit notwendigen Massnahmen anordnen. Es entzieht die Bewilligung, wenn ein Kernkraftwerk die Bewilligungsvoraussetzungen nicht oder nicht mehr erfüllt und das Departement ordnet die Stilllegung an.

*Abgelehnt mit 162 zu 21 Stimmen (7 Enthaltungen).*

- Mo. Grüne Fraktion. Geordneter Ausstieg aus der Atomenergie (11.3335)

Es soll eine Verfassungsänderung unterbreitet werden, die den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken zur Strom- oder Wärmeproduktion untersagt. Die bestehenden Kernanlagen sollen 40 Jahre nach ihrer Inbetriebnahme definitiv abgeschaltet werden, sofern nicht sicherheitsrelevante Gründe eine frühere Schliessung erfordern.

*Die Motion wurde am 26. Mai (am Folgetag des Bundesratsentscheids) zurückgezogen.*